

## Entwicklungen & Trends 2025

### Die Umsätze wachsen – die Probleme auch

von Leo Frühschütz

Der Biomarkt wächst wieder deutlich, der Anbau dagegen kaum. Die Verbände kämpfen um Rohstoffe, damit sie ihre großen Partner im Lebensmitteleinzelhandel (LEH) versorgen können. Doch die Erzeugerpreise motivieren nur wenige Landwirte, ihren Betrieb umzustellen. Gleiches gilt für die Signale aus der Politik. Den Lobeshymnen auf den Ökolandbau folgten bisher kaum Taten. Im Gegenteil: Es werden Mittel gekürzt, Gesetzesvorhaben verschoben und mit dem Vorschlag der EU-Kommission für die Gemeinsame Agrarpolitik ab 2028 brechen Jahre der Verunsicherung über die mittelfristige Finanzierung des Ökolandbaus an. Für mehr Bio auf dem Acker stehen die Signale damit eher auf Rot.

#### Die gute Nachricht zuerst: Der Markt wächst

Der Umsatz mit Biolebensmitteln in Deutschland wuchs nach Angaben des Arbeitskreises Biomarkt 2024 um 5,7 Prozent auf 17 Milliarden Euro. Das entspricht einem Anteil von 6,5 Prozent am gesamten Lebensmittelmarkt. Auch der Absatz an Bioerzeugnissen wuchs, wenn auch unterschiedlich in einzelnen Sortimenten. Am stärksten legte der Bioumsatz mit fast 20 Prozent in den Drogeriemärkten zu. Auch die Discounter wuchsen mit 7,4 Prozent überdurchschnittlich, während Vollsortimenter wie Rewe und Edeka sowie der Biofachhandel mit 4,7 bzw. 3,5 Prozent niedrigere Zuwächse verzeichneten. Umsatzeinbußen meldeten die sonstigen Verkaufsstätten, zu denen Bäckereien, Metzgereien, Wochenmärkte und Direktvermarktung zählen.<sup>1</sup> Diese Zahlen liefen parallel mit zwei Trends: Handelsmarken gewannen weiter Marktanteile gegenüber Herstellermarken. Einige namhafte Marken wie Rapunzel oder Taifun öffneten sich deshalb stärker als bisher den Vollsortimentern. Und zweitens: Die Verbandsetiketten werden immer wichtiger, weil sie zunehmend auch Handelsmarken zieren.

**Bio wächst mit  
Handelsmarken**

Diese Entwicklung setzte sich auch 2025 fort. Für Januar bis April 2025 meldeten die Marktforscher von NielsenIQ ein Wachstum beim Bioumsatz von 10,3 Prozent, weiterhin mit den Drogeriemärkten als wichtigsten Treibern. Thomas Montiel Castro, Experte für Bioprodukte bei NIQ, erklärte das so: »Wir sehen zwei Käufergruppen, die das Wachstum tragen: Zum einen überzeugte Nachhaltigkeitsfans, für die Bio selbstverständlich und Glaubwürdigkeit entscheidend ist. Zum anderen jene, die vor allem auf ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis achten und Bioprodukte wählen, wenn Qualität und ein fairer Preis stimmen. Drogeriemärkte

**Bio dürfte 2025  
acht bis zehn Prozent  
zugelegt haben**

bedienen beides besonders gut: Sie bieten Bio nicht als Ausnahme an, sondern als festen Bestandteil des Standardsortiments.« Bei den Einkäufen im LEH, die von NielsenIQ erfasst werden, legten die Eigenmarken um 13,3 und Markenprodukte um 7,5 Prozent zu.<sup>2</sup> Für das erste Halbjahr 2025 meldete die AMI ein Umsatzplus bei der Bio-Frische von neun Prozent und einen ebenso großen Absatzanstieg, von dem fast alle Betriebsschienen profitierten.<sup>3</sup> Für den Biofachhandel verzeichneten das Umsatzbarometer von Simon Döring und das Panel von Biovista im ersten Halbjahr Zuwächse von 2,4 und 2,8 Prozent. Beide erwarteten für den Rest des Jahres eine gleichbleibende Entwicklung.<sup>4</sup> Das alles deutet darauf hin, dass im Februar 2026 auf der Biofach ein hohes einstelliges Wachstum beim Bioumsatz verkündet werden wird. Gedämpft werden könnte die Zunahme noch durch die weiterhin trübe wirtschaftliche Gesamtlage. Doch deuten die gestiegenen Bioumsätze auf eine gewisse Entkoppelung von der Gesamtlage hin. Inflationsangst gebannt, Krisen eingepreist, könnte das heißen. Eine weitere Erklärung könnten die in vielen Sortimenten stärker gestiegenen Preise für konventionelle Lebensmittel sein, durch die sich der Preisabstand zu günstigen Bioeigenmarken verringert hat. Das heißt aber auch: Der Preis bleibt wichtig.

### Umstellung rechnet sich nur selten

Gleiches gilt mit umgekehrtem Vorzeichen für die Erzeuger. 2024 nahm die Zahl der Biohöfe zum zweiten Mal in Folge ab. Sie sank um 2,2 Prozent von 36.680 auf 35.881 Betriebe. Hervorgehoben haben die Verbände lieber, dass die Biofläche weiter gestiegen ist, wenn auch nur um 1,3 Prozent auf 1,913 Millionen Hektar. Das zeigt, dass es ausscheidenden Betrieben meist gelingt, ihre Flächen an Biokollegen abzugeben. Dass Biobetriebe ihre Arbeit einstellen, dürfte oft daran liegen, dass niemand den Betrieb übernehmen will. Sowohl für potenziell Nachfolgende als auch für Betriebe, die umstellen wollen, gilt: Bio muss sich rechnen. Der Rückgang bei den Betrieben zeigt, dass es das wohl immer seltener tut. Das wirkte sich auch im Jahr 2025 aus. »Nur sehr wenige Landwirte planen die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft«, heißt es im *Rentenbank-Agrarbarometer* für das Frühjahr 2025. Auch bei den Tierhaltern ist die Umstellungsbereitschaft auf Haltungsstufe 5 (=Bio) gering.<sup>5</sup>

Die in Teilen guten konventionellen Preise mindern die Umstellungsbereitschaft. Bei Milch hat sich der Biopreis im Laufe des Jahres zwar weiter erhöht und lag im September 2025 bei 66,7 Cent fürs Kilogramm Milch und damit nahe an dem von Bioland und Naturland entwickelten Orientierungspreis von 69,7 Cent. Doch der konventionelle Milchpreis lag im September mit 53 Cent pro Kilogramm immer noch so hoch, dass sich das Umstellen kaum rentiert. Bei Rindfleisch liegen die Preise von Bio und konventionell fast gleichauf bei rund sieben Euro je Kilogramm. Bei Schweinen ist der Biopreis bis auf rund fünf Euro fürs Kilo gestiegen, liegt weit über dem konventionellen Preis und ist doch kaum auskömmlich. Denn ebenfalls zugelegt haben Futterpreise und Ferkelkosten. »Da es auch in allen anderen Bereichen Kostensteigerungen gibt, verdienen Bioschweinehalter in diesem Jahr trotz der Preisanhebungen weniger als im Vorjahr«, schrieb das Aktionsbündnis Bioschweinehalter Deutschland im Oktober 2025. Weitere Preisanhebungen seien daher wirtschaftlich notwendig, »vor allem bei Unternehmen, die derzeit unterdurchschnittlich zahlen«.<sup>6</sup>

**Biogetreide:  
Erzeugerpreise auf dem  
Niveau von 2018**

Bei Feldfrüchten, Obst und Gemüse hängt der Preis sehr stark von der jährlichen Ernte ab. Diese war 2025 trotz des regnerischen Julis insgesamt gut. Die Preise gaben im Vergleich zum Jahresbeginn leicht nach und lagen im Sommer 2025 für Brotweizen, Dinkel und Hafer genau da, wo sie auch im Sommer 2018 lagen. Mit einem Unterschied: Die Preise für die landwirtschaftlichen Betriebsmittel und damit die Kosten für die Bauern sind in dieser Zeit um knapp ein Drittel gestiegen.<sup>7</sup> Mindestens ebenso stark gestiegen sind in diesem Zeitraum die Löhne, die sich gerade bei Hilfsarbeiten oft am Mindestlohn orientieren. Wohin es führen kann, wenn bei derart gestiegenen Kosten die Erlöse gleichbleiben, schreibt ein Demeterbauer, der nach 20 Jahren seinen nicht gerade kleinen Betrieb aufgibt: »Wer standortbedingt nur Druschfrüchte und Klee gras anbauen kann, muss bei den aktuellen Erzeugerpreisen demnächst diesen Betriebszweig aufgeben.« Denn mit den einfachen Ökrohstoffen würden sich Handel und Verarbeiter lieber aus Osteuropa versorgen.<sup>8</sup>

## Kampf um die Rohstoffe

Die sich öffnende Schere zwischen heimischer Bioproduktion und Bioabsatz im Handel hat Konsequenzen für die Verbände. Sie müssen für ihre jeweiligen großen Handelspartner die Versorgung mit Verbandsrohwaren sicherstellen. In einer Ende 2022 abgeschlossenen Branchenvereinbarung erkannten Bioland, Naturland und Gäa die Waren der Mitglieder der jeweils anderen Verbände als prinzipiell gleichwertig an. Dies sollte aufwendige Rezertifizierungen oder Doppelmitgliedschaften vermeiden und Engpässe bei der Belieferung von Supermärkten und Discountern beseitigen. Im März 2024 unterzeichnete auch der Biokreis die Vereinbarung. Doch so richtig scheint das nicht funktioniert zu haben, zwischen den beiden großen Verbänden, die zuerst einmal ihre jeweiligen Partner bedienen müssen: Naturland mit Aldi, dm und Rewe, Bioland mit Lidl und Edeka. Also versuchten beide, den (nach Demeter) viertgrößten Verband Biokreis auf ihre Seite zu ziehen. Während Naturland auf eine Fusion abzielte, bot Bioland eine Kooperation an, wie sie bereits mit dem ostdeutschen Regionalverband Gäa besteht. Im November 2024 entschied sich Biokreis für die Kooperation mit Bioland. Der langjährige Geschäftsführer Sepp Brunnbauer, der eine Fusion mit Naturland befürwortet hatte, schied aus und heuerte bei Naturland Österreich an.<sup>9</sup> Um die Regale bei Aldi zu füllen, reicht die deutsche Verbandsware offensichtlich nicht aus. Naturland hatte deshalb begonnen, intensiv in Österreich um Betriebe zu werben. 3.000 sind es laut Verband aktuell. Angetrieben wird dieses Wachstum durch für österreichische Verhältnisse gute Erzeugerpreise und einen exklusiven Marktzugang. »Aldi Süd etwa hat die Mitgliedschaft bei Naturland zur Voraussetzung für eine Listung gemacht«, schrieb das Magazin *trend* und zitierte Sepp Brunnbauer: »Wir wollen nicht nur Vermarktungsalternative mit gleichen Standards, aber besserem Marktzugang sein, sondern auch Heimat für viele Biobauern und -bäuerinnen.«<sup>10</sup>

**Branchenvereinbarung  
hat offensichtlich  
nicht funktioniert**

Doch mit dieser Politik kam Naturland dem österreichischen Verbandsplatzhirsch Bio Austria ins Gehege, der seine Existenz gefährdet sieht. Denn mit sinkenden Mitgliederzahlen gehen auch die Beiträge, Lizenzgebühren und staatliche Zuschüsse zurück. Weshalb Bio Austria mit publizistischen und womöglich bald auch juristischen Mitteln gegen Naturland vorgeht. Im März 2025 riet Franz Waldenberger, Biobauer und Präsident der Landwirtschaftskammer Oberösterreich, Landwirten und Verarbeitern, sich nicht voreilig von Naturland zertifizieren zu lassen.<sup>11</sup> Im Mai 2025 meldete die österreichische Tageszeitung *Der Standard* Unregelmäßigkeiten bei Hirse aus China, Bulgur aus der Türkei und Blütenhonig aus Nicht-EU-Ländern, die allesamt mit Naturlandzeichen bei dm in Österreich verkauft wurden. Der Verband wies die Vorwürfe, dass es sich nicht um Bioware handle, zurück. Bio Austria nutzte die Vorlage, um für heimische Produkte und sich selbst zu werben: »Wer auf Bio-Produkte mit dem Bio Austria Siegel setzt, kann sich auf Herkunft, Qualität und Kontrolle verlassen.«<sup>12</sup> Eine Woche später schrieb das österreichische Boulevardblatt *Heute*, dass Naturland bereits verfüttertes Getreide nachträglich rezertifiziert habe und zitierte aus einem Rundschreiben des Verbandes an seine Partner. Demnach habe die Beantragung nicht originärer Naturland-Rohware zugenommen. Dies könne bedeuten, dass »kritische bzw. risikoreiche Rohwaren zugelassen und eingesetzt werden müssen und die Herkünfte diesbezüglich nicht komplett rückverfolgbar sind«, zitierte *Heute*.<sup>13</sup> Im August 2025 drohte Bio-Austria-Obfrau Barbara Riegler Naturland schriftlich mit einer Klage wegen Missbrauchs von Marktmacht bei der österreichischen Bundeswettbewerbsbehörde. Der Verband befürchtet, dass Naturland nun auch stärker in die Belieferung der österreichischen Geschäfte seiner deutschen Partner Aldi (Hofer) und Rewe (Billa) einsteige. Zumal die österreichische Agrarmarktagentur AMA Naturland erlaubte, für die Erzeugnisse seiner österreichischen Mitglieder das AMA-Gütesiegel zu verwenden. »Ein kleiner Ritterschlag in Österreichs Landwirtschaft« sei das, schrieb das Magazin *trend*.<sup>14</sup>

**Massiver Streit  
zwischen Bio Austria  
und Naturland**

*Der Standard* gab die Stimmung im September 2025 so wieder: »Von deutschem Bio-imperialismus ist die Rede – auf Kosten der Nachhaltigkeit in Österreich«. Durch den Abfluss von immer mehr österreichischen Biorohstoffen zu Aldi komme es zu »Kollateralschäden«. Österreichische Verarbeiter würden von leergefegten Märkten und exorbitant höheren Preisen sprechen, die alle Kalkulation sprengten. Fachhändler und Gemeinschaftsverpfleger

würden sich angesichts ihres angespannten Budgets und des überhitzten Marktes von Bio abwenden. »Gewinner seien nicht die Bauern, bei denen höhere Preise nur in geringen Dosen ankämen. Profiteur sei die konventionelle Agrarwirtschaft, die mit Regionalität punkte, zitierte *Der Standard* betroffene Unternehmen.<sup>15</sup>

Um selbst einen besseren Zugang zum deutschen Markt zu bekommen, hat sich Bio Austria zusammen mit Demeter Österreich und der Biolandwirtschaft Ennstal mit Bioland verbündet. Gemeinsam mit Gäa, Biokreis und Bioland Südtirol haben diese Verbände den Bio-Allianz e.V. gegründet und auf den Ökofeldtagen im Juni 2025 vorgestellt. Mit einem gemeinsamen Rohwarenmanagement wollen sie die unterschiedlichen Märkte besser mit Biowaren versorgen. Dazu sollen Qualitätssicherungsmaßnahmen vereinheitlicht, Verbandsstandards angeglichen und regionale wie überregionale Strukturen gestärkt werden. Die Bio-Allianz erklärte, sie sei offen für weitere Verbände. Ein potentieller Kandidat ist der ostdeutsche Verbund Ökohöfe. Dessen 2024 geschlossene Kooperation mit Naturland (um sich Eierabsatz zu sichern) scheiterte nach nur einem Jahr. Inzwischen kooperiert der Verbund mit dem Biokreis und gehört damit ebenfalls in den Einzugsbereich von Bioland.<sup>16</sup> Auf den Ökomarketingtagen Mitte November sendeten die Verbandsvertreter Entspannungssignale. Ein Nebenaspekt dieses Kampfes um Biorohstoffe ist die verschobene Ausdehnung von Bioland nach Italien. Der Verband plante das offiziell auf Bitten der in Bioland Südtirol organisierten Biobauern, die sich dadurch einen besser bezahlten Absatz ihrer Produkte im restlichen Italien erhofften. Die Bioland-Delegiertenversammlung im Herbst 2024 strich jedoch das beschlussreife Vorhaben von der Tagesordnung. Insbesondere Bioland-Gemüsebauern befürchteten, dass sie dadurch günstige innerverbandliche Konkurrenz bekämen. Andererseits dürfte Lidl auf Dauer nicht damit zufrieden sein, dass es auf seiner Webseite beim Frischgemüse von Bioland durchgehend heißt: »Die Verfügbarkeit unterliegt saisonalen Schwankungen.«

**Zwei Blöcke:  
Bio-Allianz vs. Naturland**

**Weniger Bio aus dem Globalen Süden**

Nicht nur die hiesigen Biorohstoffe werden knapp. Die neue EU-Ökoverordnung verlangt für Bioimporte aus Drittländern, dass die Erzeuger die EU-Vorgaben wortwörtlich einhalten. Gleichzeitig stellt sie strengere Anforderungen an Kleinbauerngruppen und deren Kontrolle. Am 15. Oktober 2025 lief eine Ausnahmeregelung für Bioimporte aus, die noch nach der alten Verordnung zertifiziert waren. Was den Produzenten im Globalen Süden am meisten Probleme bereitet, ist die geforderte Umstrukturierung von kleinbäuerlichen Lieferketten hin zu Produzentenorganisationen mit maximal 2.000 Mitgliedern sowie verschärfte Kontrollvorgaben. »Die Umsetzung ist mit enormen Kosten verbunden. Diese können viele Kleinbauernfamilien nicht alleine tragen. Die Folge werden Ausstiege aus der Bio-Zertifizierung sein«, sagte Claudia Brück, Vorständin Politik und Kommunikation bei Fairtrade Deutschland. Für Bananen, Kaffee und Kakao seien Lieferengpässe wahrscheinlich. »Wir beobachten eine gewisse Unruhe am Markt. Viele Unternehmen befürchten, dass sie ab Oktober nicht mehr die Mengen importieren können, die sie benötigen«, sagte Brück.<sup>17</sup>

**EU-Anforderungen  
erhöhen  
Kontrollkosten extrem**

Neben der EU-Bürokratie macht sich bei der Warenverfügbarkeit der Klimawandel immer stärker bemerkbar. Er führte zu Missernten bei Kaffee und Kakao, wodurch die Preise (nicht nur für Bio) explodierten. Fruchtliegen vernichteten in Westafrika bis zu 70 Prozent der Mangoernte. Extremwetter beeinträchtigte den Kokosanbau in Südostasien. In der Türkei erfroren im Frühjahr 2025 alle Aprikosenblüten und ein Teil der Haselnusssträucher. »Ich fürchte, der Biomarkt muss sich auf längerfristige Mangellagen einstellen«, sagte Stephan Paulke, Geschäftsführer des Bioherstellers Egesun der Zeitschrift *BioHandel*.<sup>18</sup> Besonders treffen die Engpässe und Lieferschwierigkeiten den Biofachhandel. Denn im Kampf um die Rohstoffe haben die großen Player im Lebensmittelhandel mit ihren verbündeten Verbänden die Nase vorn. Zumal immer mehr Herstellermarken auch dort vertreten sind. »Leider erleben wir immer wieder, dass die Lieferfähigkeit von Fachhandelsmarken leidet, sobald diese im Lebensmitteleinzelhandel oder in Drogeriemärkten gelistet werden.«, sagte Ralf Schwarz, Leiter Warenmanagement beim Fachhandelsgroßhändler Dennree der Zeitschrift *BioHandel*. Um die Verbraucher näher an Fachhandelsbio heranzuführen, wollen die vier regionalen Biofachmessen 2026 auf der Bio Ost einen Testlauf

**Missernten durch  
Klimawandel gefährden  
die Versorgung**

starten. Die Ausstellung soll erstmals über das ganze Wochenende gehen und offen für Verbraucher sein.<sup>19</sup>

Der Biospitzenverband BÖLW hat zur Biofach 2025 eine Schätzung vorgelegt, wie viele Menschen in der ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft arbeiten: Es sind 380.000, gegenüber 180.000 im Jahr 2009. Die gesamte Chemiebranche, so schrieb der BÖLW, komme auf 310.000 Arbeitsplätze. Von den geschätzten Bioarbeitsplätzen entfielen knapp ein Drittel auf die Erzeugerebene, 45 Prozent auf die Herstellung und gut ein Fünftel auf den Handel. 55 Prozent der Beschäftigten in der Branche sind weiblich. 45 Prozent der Ökobertriebe bilden aus. Genauer analysiert hat der BÖLW mit einer repräsentativen Befragung die Verarbeitung. Sie sei stark mittelständisch geprägt, schrieb der Verband: 37 Prozent der Betriebe erwirtschaften bis zu einer Million Euro im Jahr. 22 Prozent gaben zwischen einer und neun Millionen Euro Jahresumsatz für das Jahr 2023 an, 24 Prozent erwirtschafteten mehr als zehn Millionen Euro. 72 Prozent der Hersteller verarbeiten ausschließlich Biorohstoffe, 68 Prozent der Rohstoffe kamen aus Deutschland, mehr als die Hälfte aus einem Umkreis von 200 Kilometern. Hinsichtlich ihrer Vertriebs- und Markenstrategie sieht der BÖLW die Betriebe breit aufgestellt: »40 Prozent der Befragten produzieren für eigene Marken; 76 Prozent stellen in Lohnproduktion für andere Unternehmen her; 33 Prozent betreiben reine Abfüllung. Zwölf Prozent gaben an, Markenartikel auch zu vertreiben, ohne sie selbst herzustellen.« Für diese mittelständischen Betriebe brauche es gute Rahmenbedingungen, von Förderung über Forschung und Ausbildung bis hin zu fairen Wettbewerbsbedingungen und weniger Bürokratie. Denn auch die Zahl der Bioverarbeiter nahm von 2023 auf 2024 ab: um 467 bzw. zwei Prozent auf 21.915.<sup>20</sup>

**Bio in Deutschland:  
Mehr Arbeitsplätze  
als die  
Chemieindustrie**

#### »So etwas regeln wir intern«

Nicht nur der Kampf um Rohstoffe prägte 2025 die Verbandslandschaft, sondern auch Personalien – allen voran bei Naturland. Was war passiert: Im Mai wählten die Naturland-Delegierten ein neues Präsidium und bestätigten ihren Präsidenten Hubert Heigl mit großer Mehrheit für weitere vier Jahre im Amt. Mitte August bestätigte der Verband auf Mediennachfragen, dass er sich von seinem langjährigen Geschäftsführer Steffen Reese trenne. Ohne Angabe von Gründen und ohne Hinweis darauf, dass die Trennung bereits im Juni erfolgte. Die Bombe platzte dann Anfang September, als die *Süddeutsche Zeitung* (SZ) aufgrund interner Dokumente über eine anstehende Sonderdelegiertenversammlung des Verbandes berichtete. Im Februar 2025 sollen zwei der drei Präsidiumsmitglieder, die bei der Neuwahl im Mai ausschieden, den Vertrag mit Steffen Reese auf Lebenszeit verlängert, seine Bezüge um 16 Prozent erhöht und für ein eventuelles Ausscheiden eine großzügige Abfindungsregelung gewährt haben. Genannt wurde in den Delegiertenunterlagen eine Summe von 675.000 Euro. Die anderen Präsidiumsmitglieder und Heigl als Präsident wussten von dieser Vereinbarung nichts. Laut SZ war in dem Einladungsschreiben zur Delegiertenversammlung auch die Rede von »weiteren Unregelmäßigkeiten«, die man entdeckt habe. Dabei gehe es um »offene Rechnungen in beträchtlicher Höhe«, die zurückgehalten worden seien, und »deutlich höhere Kosten als bisher kommuniziert«. Auch sei ein dem amtierenden Präsidium bis dahin »unbekannter Rahmenvertrag mit einer Kommunikationsagentur« aufgetaucht. Diese Vorgänge würden sowohl das Vermögen als auch die Gemeinnützigkeit des Verbandes gefährden, hieß es in dem Schreiben.

**Massiver interner Streit  
bei Naturland**

Laut SZ wollten Heigl und die beiden verbliebenen alten Präsidiumsmitglieder die Vorgänge rückhaltlos und transparent aufarbeiten. Allerdings sprach sich das frühere Präsidiumsmitglied Felix Löwenstein in einem Brief an die Delegierten dafür aus, keine Anwälte und Gerichte einzuschalten und die existenzgefährdende Krise lieber diskret zu lösen. Die Delegiertenversammlung folgte Löwensteins Appell und wählte mit großer Mehrheit ein neues Präsidium, dem Heigl und seine beiden Mitstreiter nicht mehr angehören. »Naturland-Bauern strafen Aufklärer ab« titelte die SZ über ihren Nachbericht. Der Verband selbst sprach von einem Neustart und von verlorengegangenem Vertrauen, das wiederhergestellt werden soll. Als Interimgeschäftsführer bestellte er Robin Roth, der Branche als früherer Geschäftsführer von Gepa bekannt.<sup>21</sup> Die Antrittsrede des neuen Präsidenten Eberhard Räder auf den Ökomarketingtagen deutete auf einen neuen Politikstil hin.

Angesichts dieser Vorgänge wirkt die Vorstandssuche bei Demeter lediglich unglücklich. Wegen »unterschiedlicher Auffassungen über die künftige Ausrichtung des Verbandes« verließ Bundesvorstand Alexander Gerber nach zwölf Jahren im Amt zum 31. Januar 2025 den Verband. Ihm folgte zum 1. Mai 2025 die branchenfremde Volkswirtin Chirine Etezadzadeh, die Demeter als »eine erfahrene Strategieexpertin mit weitreichender Expertise in Unternehmensführung, Markenentwicklung und Transformationsprozessen« vorstellte, die im Verband neue Impulse setzen sollte. Bereits im September trennte man sich im gegenseitigen Einvernehmen. Vorerst führen die beiden Vorstandsmitglieder Nancy Schacht und Ute Rönnebeck den Verband. Als letzter der großen Bioverbände hat nun auch Demeter eine Jugendorganisation. Das Junge Demeter wurde auf den Ökofeldtagen vorgestellt.

**Demeter ist immer noch auf Vorstandssuche**

Völlig geräuschlos hat sich Bioland neu aufgestellt: Tanja Almanstötter ist seit dem ersten Oktober 2025 neue Geschäftsführerin des Verbandes und löste Peter Bockhardt ab, der den Posten nur zwei Jahre inne hatte. Als Geschäftsleitung Markt konnte der Verband den bisherigen Geschäftsführer von Herbaria, Erwin Winkler, verpflichten. Beim BÖLW wurden der Rewe-Manager Matthias Sinn und der bayerische Bioland-Geschäftsführer Thomas Lang neu in den Vorstand berufen. Der Biospitzenverband musste Ende 2024 den Austritt der Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller (AöL) und der Reformhaus Genossenschaft hinnehmen. Auch der Fachhandelsverband BNN überlegte sich diesen Schritt, blieb dann aber. Kritisiert wurde, dass der BÖLW sich zu stark auf agrarpolitische Themen konzentriert und die Sorgen der Hersteller zu wenig Platz finden, etwa bürokratische Nachhaltigkeitsregulierungen der EU oder die Marktmacht des LEHs. Dieser ist übrigens nur mit einer Arbeitsgemeinschaft aus dm, Rewe, Kaufland, Globus und Tegut im BÖLW vertreten, die anderen, insbesondere Aldi, Lidl und Edeka, fehlen.

**Deutschland: Schöne Worte statt Geld und Taten**

Eine unionsgeführte Bundesregierung dürfte wenig für Bio übrighaben, war vor einem Jahr die große Befürchtung der Biobranche. Tatsächlich steht im Koalitionsvertrag als erstes der Satz: »Für uns sind konventionelle und ökologische Landwirtschaft gleichwertige Bewirtschaftungsformen«. Also nichts mehr mit Goldstandard, Vorbildfunktion oder besonders nachhaltig. Stattdessen heißt es nun: »Der Ökolandbau ist ein wichtiges Element einer nachhaltigen und klimaschonenden Landwirtschaft und ein wichtiger Innovationsmotor. Mit einer Biostrategie werden wir den Ausbau des Ökolandbaus deutlich stärken, indem wir die Mittel für die Forschung und Bildung für den Ökolandbau erhöhen, das Bundesprogramm Ökologischer Landbau (BÖL) und Nachfrageimpulse stärken, zum Beispiel durch Standards bei Gemeinschaftsverpflegungen. Gleichzeitig reduzieren wir Hindernisse bei Erhalt und Ausbau des Ökolandbaus.« Immerhin »erhöhte Mittel« also.

**Kürzung des Bundesprogramms Ökolandbau in letzter Minute abgewendet**

Im Bundeshaushalt für 2025 blieben die Mittel für das BÖL unverändert bei 40 Millionen Euro. Im Haushaltsentwurf für 2026 bleiben zwar die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) unverändert. Aus diesem Topf zahlt der Bund seinen Anteil an den Ökolandbauprämien. Doch das bewährte BÖL soll mit zwei anderen Programmen (»Ackerbaustrategie« und »Proteine der Zukunft«) zu einem Haushaltstitel verschmolzen werden. Gleichzeitig sollten die für die drei Programme 2025 vorgesehenen Mittel von 67 Millionen Euro auf 54,4 Millionen Euro eingedampft werden. Diese vom Agrarausschuss befürworteten Kürzungen haben die Regierungsparteien im Haushaltsausschuss wieder rückgängig gemacht. Allerdings zerstört die Verschmelzung der drei Programme bestehende Vergabestrukturen und eingespielte Abläufe. Der enorme Forschungsbedarf für Bio wurde kürzlich von einer Expertenkommission des BMLEH erfasst und der Politik übergeben.<sup>22</sup>

*Stallumbau: Versprechen gebrochen*

Ebenfalls gravierend für Biobetriebe (und manche, die es werden wollen) ist das Auslaufen des ursprünglich bis Ende 2030 angesetzten Bundesprogramms Umbau Tierhaltung (BUT) im September 2026. Bundeslandwirtschaftsminister Rainer hatte dies mit dem zögerlichen Abfluss der bereitgestellten Gelder in den Jahren 2024 und 2025 begründet. Dabei ist klar,

dass nicht wenige Wochen, nachdem eine Förderrichtlinie veröffentlicht wurde, bereits lauter genehmigte Bauanträge auf dem Tisch liegen. Zudem brauche die Bearbeitung der Anträge bei der Behörde Zeit und die Mittel könnten erst abgerufen werden, wenn zumindest ein Teil der Stallungen errichtet wurde, schrieb das Aktionsbündnis Bioschweinehalter Deutschland. Es schätzt, dass aktuell 500 Schweinehalter (Bio und konventionell) fest beabsichtigen, einen Förderantrag zu stellen. Doch »viele dieser Betriebe werden bis zum geplanten Förderstopp keine Baugenehmigung bekommen und entsprechend keinen Antrag stellen können«, befürchtet das Aktionsbündnis. »Auf die Politik ist nach wie vor kein Verlass«, lautet deshalb das Fazit der Bioschweinehalter. Minister Rainer hat angekündigt, dass Tierwohlställe künftig über die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) von den Ländern gefördert werden sollen. Zusätzliche Gelder dafür oder gar ein eigener Titel in der GAK fehlen im Haushalt für 2026 jedoch.<sup>23</sup> Der Haushaltsausschuss forderte den Minister auf, bis Ende des Jahres ein Konzept dafür vorzulegen.

Neben den Investitionen für Stallum- oder -neubau gibt es im BUT auch einen Topf, aus dem die laufenden Kosten für eine tiergerechte Schweinehaltung nach den Stufen 3, 4 oder 5 (Bio) pauschal bezuschusst werden. Dieser Topf gewährt Zuschüsse jetzt nur noch bis zum Haltungsvertrag 2027 und wird bereits 2028 geschlossen, statt 2031 wie ursprünglich vorgesehen. Ebenfalls betroffen sind Biobetriebe vom Verschieben der Weideprämie. Im Sommer 2024 hatte der Bundestag beschlossen, zwei Öko-Regelungen für die Weidehaltung von Milchkühen und zur Verbesserung der Biodiversität auf dem Acker einzuführen. In der Praxis sollten diese ab 2026 beantragt werden können. Nachdem die Mehrheit der Länderagrarminister das im Frühjahr 2025 ablehnte, verschob die neue Bundesregierung beide Öko-Regelungen auf 2027.

#### *Pestizide: Ran an die Spritze*

Zwar versprechen die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag, »den Umfang und das Risiko beim Pflanzenschutzmitteleinsatz« zu reduzieren. Doch die Signale weisen in eine andere Richtung. Im Agrarhaushalt 2025 strichen die Regierungsparteien die Mittel für das aus ökologischer Sicht unzureichende Zukunftsprogramm Pflanzenschutz ganz. Auf der Agrarministerkonferenz Ende September forderten die schwarz-roten Länderminister die Bundesregierung auf, bei Pestizidzulassungen das Umweltbundesamt zu entmachten. Es soll – so wie es sich der Herstellerverband IVA wünscht – nicht mehr zustimmen müssen (Einvernehmen), sondern nur noch nach seiner Meinung gefragt werden. Auch soll sich die Bundesregierung bei der Überarbeitung der EU-Pflanzenschutzverordnung in Brüssel für eine wissenschaftsbasierte Nutzen-Risiko-Abwägung statt einer nur gefahrenorientierten Bewertung von Wirkstoffen einsetzen.

Dieser Rückenwind für chemisch-synthetische Pestizide gefährdet die Biolandwirtschaft, die zunehmend unter der ubiquitären Verbreitung von Pestizidwirkstoffen leidet. Da von der Politik hier in absehbarer Zeit nichts zu erwarten ist, haben Bio- und Umweltorganisationen den juristischen Weg beschritten, um besonders problematische Wirkstoffe schnell aus dem Verkehr zu ziehen. Ganz vorne mit dabei ist das aus reinen Bio-Unternehmen bestehende Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft (BEL). Es klagt zusammen mit dem Umweltinstitut München beim Gericht der Europäischen Union in Luxemburg gegen die EU-Genehmigung des leicht flüchtigen und krebverdächtigen Herbizidwirkstoffes Pendi-methalin. Die EU hat die ausgelaufene Genehmigung bereits zweimal ohne neue Risikobewertung verlängert. Eine weitere BEL-Klage in Luxemburg betrifft die verlängerte Genehmigung für den Fungizidwirkstoff Fluopyram. Das Bayer-Produkt gehört zur Gruppe der PFAS-Pestizide, die sich kaum abbauen und in der Umwelt anreichern (sog. Ewigkeitschemikalien). Klagen gegen verlängerte Zulassungen ohne neue Risikobewertung hat auch die Deutsche Umwelthilfe in Luxemburg eingereicht. Betroffen sind das extrem klimaschädliche Sulfurylfluorid und das hormonell wirksame PFAS-Pestizid Flufenacet. Gemeinsam mit der Aurelia-Stiftung klagt die Deutsche Umwelthilfe (DUH) auch gegen die erneute Zulassung des Herbizids Glyphosat durch die EU-Kommission. Parallel zu den Klagen auf europäischer Ebene sind auch beim Verwaltungsgericht Braunschweig (wo die Genehmigungsbehörde, das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit [BVL], seinen Sitz hat)

**Minister Rainer streicht Förderung tiergerechter Ställe zusammen**

**Bundesregierung will Umweltbundesamt bei Pestizidzulassungen entmachten**

**Biobündnis klagt gegen Pestizidzulassungen**

zahlreiche Prozesse anhängig, die von der DUH und der Verbraucherorganisation food-watch gegen diverse vom BVL erteilte Zulassungen gebrauchsfertiger Pestizide geführt werden. Mit unterschiedlichem Erfolg.

#### *Die Wissenschaft empfiehlt mehr Veggie*

Der Wissenschaftliche Beirat des Landwirtschaftsministeriums (WBAE) hat sich im Juli 2025 in einem Gutachten für pflanzliche Alternativen zu tierischen Lebensmitteln stark gemacht. »Nachhaltigkeitspolitisch, ökonomisch und gesellschaftlich gibt es derzeit keine überzeugenden Gründe, Alternativprodukte zu behindern«, schreibt der Beirat. Im Gegenteil: Sie sollten aktiv und strategisch gefördert werden, etwa in dem die Mehrwertsteuersätze angeglichen werden. Der WBAE empfiehlt, den gesellschaftlichen Dialog zu Alternativprodukten zu versachlichen. Die Politik solle der Gefahr eines polarisierten gesellschaftlichen Diskurses entgegenwirken und die gesellschaftlich-integrierende Funktion des »gemeinsamen Tisches« betonen, der durch Alternativprodukte erleichtert wird, heißt es in dem Gutachten.<sup>24</sup> Aktuell liegt der Bioanteil der Milchalternativen bei 66 Prozent. Bei Fleischersatz liegt der Bioanteil bei 25 Prozent, in einzelnen Kategorien wie Tofu oder pflanzliche Aufstriche weit höher.<sup>25</sup>

Die Gemeinwohleleistungen des Bioanbaus sind wissenschaftlich gut belegt. Damit könnte der Sektor werben. Allerdings hat die EU in ihrer Richtlinie (EU) 2024/825 zu Umweltaussagen und Nachhaltigkeitssiegel festgelegt, dass allgemeine Umweltaussagen wie »umweltverträglich« oder »insektenfreundlich« generell als irreführend zu betrachten sind, es sei denn, das werbende Unternehmen kann eine »anerkannte hervorragende Umweltleistung« nachweisen. Dabei hat die EU vergessen klarzustellen, dass die Biozertifizierung für eine solche »anerkannte hervorragende Umweltleistung« steht. Nun versuchen die Bioverbände bei der Umsetzung der Richtlinie in das deutsche Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb (UWG) eine solche Klarstellung unterzukriegen. Sie soll auch die Markenzeichen der deutschen Bioverbände als erlaubte Nachhaltigkeitssiegel absichern. Trotz ausführlicher Stellungnahme in der Verbändeanhörung hat es das Anliegen vorerst nicht in den Geset-

**Wissenschaft an Bundesregierung: Veggie-Polemik beenden**

**Bio darf mit seinen Leistungen werben**

#### **Der 16-Punkte-Plan des Organic Future Camp\***

Wir sind das Organic Future Camp 2025: Engagierte und fachkundige junge Menschen voller Motivation, die Transformation der Land-, Ernährungs- und Lebensmittelwirtschaft anzugehen. Dabei orientieren wir uns an einer Haltung der Kooperation und möchten zukunftsfähige und konstruktive Lösungen mit allen Akteurinnen und Akteuren finden und umsetzen.

Junge Perspektiven auf eine nachhaltige Land- und Lebensmittelwirtschaft der Zukunft

- wählen das Prinzip der Vielfalt als Basis ihres Entscheidens und Handelns und bringen es in allen Bereichen der Wertschöpfungskette zur Wirkung. Geschlechtergerechtigkeit und die Berücksichtigung intersektionaler Diskriminierungen sind Voraussetzungen für Vielfalt.
- beinhalten Kreisläufe und Ressourcen. Sie setzen sich ein für das Denken und Arbeiten in Kreisläufen, für eine generationengerechte Ressourcennutzung und die aktive Verhinderung von Verschwendung in jeder Stufe des Systems.
- setzen auf die Stärkung stets vorrangig regionaler Wertschöpfung und transparenter Lieferbeziehungen durch lokale Netzwerke und Kooperationen.
- fordern praxisorientierte Bildungsangebote in allen Gesellschaftsschichten, um Einblicke vom Acker auf den Teller zu verstetigen. Das bedeutet, niedrigschwellig intergenerationelles Lernen zu erhalten, ökologische Kenntnisse zu vermitteln und ein stabiles Basiswissen aufzubauen.
- brauchen die Stärkung und Förderung ländlicher Räume, insbesondere in Bezug auf Care-, Mobilitäts-, Bildungs-, Gesundheits- und Kulturinfrastrukturen, um die Attraktivität ländlicher Räume zu stärken und sozial gerechter zu machen.
- verlangen Arbeitsbedingungen, bei denen Arbeitsschutz, Aufklärung über Arbeitsrechte, Sensibilisierung für Machtverhältnisse, Relevanz psychischer und körperlicher Gesundheit, faire Entlohnung und soziale Absicherung selbstverständlich sind.
- benötigen attraktive inklusive Ausbildungsbedingungen. Dies bedeutet eine ganzheitlich agrarökologische Lehre, die beständig partizipativ aktualisiert wird, praxisbezogen ist, Lehrkräfte fortbildet und einen niedrigschwiligen (Quer-)Einstieg ermöglicht.
- fordern Zugang zu Land durch den Schutz von Land vor Ausverkauf, durch die Verabschiedung wirkungs-

zestext, sondern nur in die Begründung geschafft. Die Beratungen des Gesetzentwurfs im Bundestag stehen noch aus.<sup>26</sup>

### *Ökofeldtage: Das Wasser im Blick*

Wasser war das Schwerpunktthema der bundesweiten Ökofeldtage im Juni 2025 auf dem Wassergut Canitz der Stadt Leipzig. Von klimaangepassten neuen Sorten über smarte Bewässerung bis zum möglichst grundwasserschonenden Anbau reichte die Palette der wasserbezogenen Themen. Im Vorfeld brachte ein Wasserkongress Menschen aus Landwirtschaft, Politik, Wasserwirtschaft und Forschung zusammen (siehe hierzu auch die Beiträge von Daniel Petry und Felix Löwenstein in diesem Kapitel, unten S.162-166). Mit 362 Ausstellenden verzeichneten die Ökofeldtage einen neuen Rekord. Die Zahl der Besucher dagegen war mit 9.000 deutlich niedriger als vor zwei Jahren. Ein Grund dafür dürfte die geringere Biodichte in Sachsen und den angrenzenden Bundesländern sein. Rund ein Viertel der Besucher waren an Biolandbau interessierte konventionelle Landwirte. Erstmals trafen sich direkt vor den Ökofeldtagen junge Menschen zwischen 16 und 32 Jahren zum Organic Future Camp, um aktiv die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft von morgen mitzugestalten. Initiiert und finanziert wurde das Camp vom Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH), umgesetzt von der Münchner Schweisfurth Stiftung. Dem Ministerium übergaben die Teilnehmenden auf den Ökofeldtagen einen 16-Punkte-Plan, den sie erarbeitet hatten (siehe Kasten).

**Ökofeldtage:  
Ein Viertel  
konventionelle  
Besucher**

### *Der Umgang mit der Weidepflicht – ein klassisches Politikversagen*

Im Februar 2025 demonstrierten in Nürnberg Biobauern am Eingang zur Biofach, der weltweiten Leitmesse für Biolebensmittel. Ihr Protest richtete sich gegen die geplante Umsetzung der Weidepflicht für Biomilchkühe. Ihre Botschaft: Hunderte Biomilcherzeuger vor allem in Bayern und Baden-Württemberg werden rükkumstellen müssen, weil sie zu wenig Hofnahe Weide haben. So ist es auch gekommen, weil Bund und Länder nicht bereit waren,

voller Agrarstrukturgesetze und durch die sozial-ökologisch ausgerichtete Landnutzung.

- fordern eine Förderpolitik, die auf die Honorierung von Gemeinwohl und Ökosystemdienstleistung ausgelegt ist und nicht auf pauschale Flächensubventionierung. Dies unterstützt eine vielfältige Agrarstruktur und damit insbesondere kleine und mittlere Betriebe entlang der Wertschöpfungskette.
- verlangen die Stärkung bäuerlicher Höfe und weiterverarbeitender Handwerksbetriebe und stellen sich gegen ernährungsindustrielle Großkonzerne und ihre Monopole, Kartelle, ihre politische Macht und Patente.
- brauchen eine flächengebundene artgerechte Tierhaltung, im Sinne von Food-Feed-Fuel, mit deutlich reduzierten Tierzahlen, robusten Rassen, mehr Weidehaltung und einem angepassten Tiergesundheitsmanagement.
- fordern verschiedenste Formate von Betriebsübergaben und alternative rechtliche Rahmenbedingungen auch für kollektive Betriebsstrukturen und gemeinschaftliches Landeigentum.
- fordern die stärkere Förderung des Ökolandbaus als staatlich kontrolliertes ganzheitliches System, dessen Umweltleistungen anerkannt sind. Wir setzen uns auch ein für die Stärkung agrarökologischer Praktiken in der gesamten Landwirtschaft.

- setzen auf einen Ansatz, der Innovation und Nachhaltigkeit systemisch angeht, statt sich auf kurzfristige technische Versprechen ohne Nutzen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft zu verlassen. Daher lehnen wir die geplante Deregulierung gentechnisch veränderter Organismen aus neuen Gentechniken ab.
- brauchen konzeptbasierte Existenzgründungsförderung inklusive einer kostenlosen Beratungs- und Koordinationsstelle und vereinfachtem Zugang zu Kapital. Dabei müssen außer- und innerfamiliäre Unternehmensnachfolgen sowie Neugründungen unterschieden werden.
- sehen es als notwendig an, dass Land- und Lebensmittelthemen Teil des täglichen politischen Diskurses werden und junge Perspektiven dauerhaft aktiv einbezogen werden.

\* Leicht gekürzte bzw. redaktionell bearbeitete Fassung. Originalfassung: [www.bmleh.de/SharedDocs/Downloads/DE/\\_Landwirtschaft/Biologischer-Landbau/organic-future-camp-16-punkte-plan.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](http://www.bmleh.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Landwirtschaft/Biologischer-Landbau/organic-future-camp-16-punkte-plan.pdf?__blob=publicationFile&v=4).

**Politik ignoriert das neue Weidepapier 2.0**

das aus ihrer Sicht leidige Thema nochmal aufzugreifen und sich mit der EU-Kommission anzulegen. Zur Erinnerung: Seit 2021 prüfte die EU-Kommission in einem Pilotverfahren, ob Deutschland den verpflichtenden Weidegang für alle Pflanzenfresser auf Biobetrieben regelkonform umgesetzt hat. Anlass war ein Merkblatt aus Baden-Württemberg, in dem stand, dass unter Weidegang »sechs Stunden pro Tag und an 120 Tagen im Jahr« zu verstehen sei. Zu wenig, meinte die EU-Kommission. Um ein drohendes Vertragsverletzungsverfahren zu vermeiden, erarbeiteten die zuständigen Länderbehörden in der Länderarbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau (LÖK) ein »Weidepapier«, das sie im August 2024 beschlossen.<sup>27</sup> Die EU-Kommission erklärte damit das Verfahren für erledigt. Im Januar 2025 schlossen sich von der neuen Auslegung der Weidepflicht betroffene Biomilcherzeuger in der Interessengemeinschaft (IG) »Kein Zwang zur Weide« zusammen und gingen an die Öffentlichkeit. Ihre Kritik richtete sich auch an die Bioverbände, insbesondere an Bioland, die laut IG das Weidepapier mit erarbeitet hätten. Der lautstarke Protest ließ die Bioverbände einschwenken, zusammen mit dem bayerischen Bauernverband legten Naturland und Bioland im Juni 2025 ein Öko-Weidepapier 2.0 vor.<sup>28</sup>

Darin heißt es: »In vielen Regionen Deutschlands verhindern objektive Gründe, wie geografische, agrarstrukturelle, sicherheitsrelevante oder tiergesundheitliche Aspekte eine vollumfängliche Weidehaltung für alle Tiergruppen«. In diesen Fällen soll es ausreichen, wenn zumindest eine Tiergruppe des Betriebs auf die Weide kommt, also etwa das Jungvieh oder Trockensteller. Zusätzlich wird den Bestandsbetrieben eine Umsetzungsfrist bis 2030 gewährt. Naturland hatte das Papier noch mit einem Rechtsgutachten unterlegt, das zu dem Schluss kam, dass die bisherige deutsche Position zum Weidegang sehr wohl mit der EU-Öko-Verordnung vereinbar sei. Im Juli 2025 sagte der bayerische Ministerpräsident der IG bei einem persönlichen Treffen seine Unterstützung zu.<sup>29</sup> Schließlich der Höhepunkt: Auf einem Volksfest im Bayerischen Wald versprach EU-Agrarkommissar Christophe Hansen Ende Juli, die EU-Öko-Verordnung schnell für Ausnahmeregelungen von der Weidepflicht zu öffnen. Die Betroffenen feierten das als Durchbruch, tatsächlich war es der Anfang vom Ende.

Wer EU-Abläufe kennt, weiß, dass es ein Jahr oder länger dauern kann, in einer EU-Verordnung einen klarstellenden Satz unterzubringen. Doch die Ministerien in Bayern und Baden-Württemberg hatten den Milcherzeugern, die die Weidepflicht absehbar nicht voll umsetzen können, nur eine Frist bis 30. September 2025 gewährt. Bis dahin konnten sie aus dem Ökolandbau aussteigen, ohne die bereits erhaltenen Fördermittel der vergangenen Jahre zurückzahlen. Weder die beiden hauptsächlich betroffenen Bundesländer noch der Bundeslandwirtschaftsminister haben einen Versuch unternommen, das ursprüngliche Weidepapier einzukassieren und durch das Öko-Weidepapier 2.0 zu ersetzen. Oder zumindest die Umsetzung der Weidepflicht noch ein Jahr auszusetzen, um dem EU-Kommissar Zeit zu geben, sein Versprechen einzulösen. Das bayerische Landwirtschaftsministerium teilte auf Anfrage mit, dass das Weidepapier bestehendes Recht und deshalb umzusetzen sei. Agrarministerin Michaela Kaniber habe erreicht, dass betroffene Betriebe noch bis zum Beginn der Weidesaison 2028 Zeit hätten, die Weideverpflichtung vollumfänglich umzusetzen. Laut Ministerium sind in Bayern im Jahr 2025 wegen der Weidepflicht 316 Biomilcherzeuger ausgeschieden. Baden-Württemberg meldete 50 Ausscheider.

### **EU: Viel Biobürokratie, wenig Kontrolle**

Als Agrarkommissar Christophe Hansen am 19. Februar 2025 seine Vision einer künftigen Agrarpolitik vorstellte, war der Biosektor zufrieden. »Eine kontinuierliche Unterstützung der ökologischen/biologischen Landwirtschaft bleibt unerlässlich«, stand da oder dass Ökosystemleistungen wie im ökologischen Anbau angemessen entlohnt werden müssten. Auch in ihrer Anfang Juni vorgestellten Wasserresilienzstrategie lobte die EU-Kommission den ökologischen Landbau wegen seiner »vielfältigen Vorteilen für die Bodengesundheit« und seinem Verbot von Kunstdünger und synthetischen Pestiziden. Doch spätestens mit den im Juli 2025 vorgelegten Vorschlägen für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ab 2028 war Schluss mit lustig. Besonders enttäuschend aus Biosicht ist, dass es für Agrarumweltmaßnahmen kein festgeschriebenes Budget gibt und zudem die Umsetzung komplett auf die Nationalstaaten

**Für 366 Biomilcherzeuger kommt die versprochene Anpassung der EU-Öko-Verordnung zu spät**

**GAP ab 2028: Vorschlag der EU-Kommission für Bio enttäuschend**

verlagert wird. Als »riesengroßen Schritt rückwärts in Sachen Nachhaltigkeit« bezeichnete IFOAM Organics Europe den Vorschlag. Der Verband fordert nun, ein Drittel der geplanten GAP-Gelder für Ökosystemleistungen und den Biolandbau festzuschreiben.<sup>30</sup> (Zur Reform der GAP siehe auch die Beiträge von Henrik Maaß und Daniela Wannemacher sowie Martin Häusling in diesem *Kritischen Agrarbericht*, S. 57-67.)

Die Verordnung, mit der die Kommission mit neuen gentechnischen Verfahren (NGT) hergestellte Pflanzen ohne Zulassung auf den Markt drücken will, befindet sich seit Mai 2025 im Trilog. Es scheint eher unwahrscheinlich, dass sich EU-Parlament, Ministerrat und Kommission noch 2025 auf eine endgültige Fassung einigen (Redaktionsschluss dieses Agrarberichts ist Ende November 2025. Zum Thema siehe auch den Beitrag von Annemarie Volling in diesem *Kritischen Agrarbericht*, S. 293-302). Aus Biosicht wäre ein Scheitern der Kommissionspläne nach wie vor das wünschenswerteste Ergebnis. Angekündigt hat die EU-Kommission schon im Februar 2025, dass sie die Zulassung von biologischen Pflanzenschutzmitteln erleichtern und beschleunigen will. Bis Ende 2025 wollte sie einen Vorschlag veröffentlichen, bis Redaktionsschluss lag er noch nicht vor. IFOAM Organics Europe legte im Mai 2025 ein Positionspapier dazu vor und betonte die wichtige Rolle solcher Mittel für den ökologischen Landbau.<sup>31</sup>

### *Neue Regeln für Bio*

Die EU hat 2025 eine Reihe von Detailregelungen erlassen. So ermöglichte sie mit der Verordnung 2025/405 die Herstellung von alkoholfreiem Biowein, indem sie die teilweise Vakuumverdampfung als Entalkoholisierungstechnik erlaubte. Mit den Verordnungen 2025/882 und 2025/2138 fügte die Kommission weitere Drittlandkontrollstellen in das Verzeichnis in der Verordnung 2021/1378 ein. Mit der Verordnung 2025/973 wurden mehrere Wirk-, Hilfs- und Zusatzstoffe in die einschlägigen Anhänge der Verordnung 2021/1165 aufgenommen, etwa Calciumphosphat aus Klärschlammasche als erlaubter Dünger oder von bestimmten gentechnikfreien Mikroorganismen hergestellte Proteine als Futtermittel. Schlecht sieht es für die von Biowinzern sehnsüchtig erwartete Zulassung von Kaliumphosphonat als Pflanzenschutzmittel aus. Das Beratergremium EGTOP hatte sich im Juli 2025 mehrheitlich gegen den Einsatz ausgesprochen. Es gilt als unwahrscheinlich, dass die EU-Kommission sich über das Votum ihres Beratungsgremiums hinwegsetzt.<sup>32</sup>

Im Rahmen ihres »Fit for Future«-Programms hat die EU-Kommission auch die Öko-Verordnung überprüfen lassen. Der Ende 2024 veröffentlichte Bericht stellt fest, dass die Neufassung des EU-Ökorechts dieses nicht wie geplant vereinfacht, sondern deutlich verkompliziert habe. Schuld daran sei die Vielzahl an Sekundärverordnungen, die die Kommission im Nachhinein erlassen habe. Die Prüfer schlagen deshalb vor, »keine weiteren Durchführungs- oder delegierten Rechtsakte zu erlassen, die den Unternehmen erhebliche Kosten oder Belastungen auferlegen könnten, ohne zuvor eine gründliche Folgenabschätzung durchzuführen«. Der Bericht drängt auf eine Entrümpelung der Verordnung und längere Umsetzungsfristen bei neuen Regelungen. Im Herbst 2025 lud die Kommission dazu ein, Vorschläge für Vereinfachungen zu machen. Ob es tatsächlich zu einer Entrümpelung der Verordnung kommt, wird sich 2026 zeigen. Der BÖLW hat eine Reihe von Punkten aufgelistet, wo die Basisverordnung 2018/848 geändert werden müsste. Anderes ließe sich durch nachgeordnete Rechtsakte oder einfach durch großzügigere Auslegung seitens der Kommission regeln.<sup>33</sup> Diese sorgt derzeit mit neuen Interpretationen alter Regeln für Unruhe. Sie ist nun der Meinung, dass je Hof nur ein Maststall für Geflügel erlaubt sein soll. Die Folgen beschreibt der BÖLW so: »In Deutschland müssten rund 80 Prozent der Geflügelhalter einen Teil ihrer Produktion aufgeben. Ein funktionierendes System würde zerstört und der Ökolandbau in Deutschland und Europa massiv zurückgeworfen. Dabei ist gerade die Nachfrage nach Bio-Geflügelfleisch oft jetzt schon höher als das Angebot.«<sup>34</sup>

Im Zusammenhang mit Drittländern stellt sich die Frage, wie gut die Kontrollstellen von der EU-Kommission überwacht und kontrolliert werden. Auffällig ist, dass sämtliche Drittlandkontrollstellen, die in den letzten Jahren Ärger wegen schlampiger Arbeit hatten, wieder in der Liste der Verordnung 2021/1387 stehen. Manche sind auch für Regionen zugelassen, in denen sie gar keine Niederlassung haben. Die Generaldirektion Gesundheit und Lebensmit-

**Warten auf schnellere Zulassung von biologischem Pflanzenschutz**

**Die EU-Öko-Verordnung soll fit gemacht werden**

**EU-Kommission will bei Mastgeflügel nur noch einen Stall pro Betrieb erlauben**

telsicherheit führt keine Audits bei Drittlandkontrollstellen mehr durch. Dies ist jetzt Aufgabe des Referats Ökolandbau in der DG Agri. Auf deren Seite finden sich lediglich vier Audits aus dem Jahr 2024, die 2025 veröffentlicht wurden. Gleichzeitig hat die Kommission in den letzten zwei Jahren 54 Kontrollstellen für die Konformitätszertifizierung in Drittländern neu zugelassen.<sup>35</sup> Die Einordnung mehrerer osteuropäischer und zentralasiatischer Staaten als Hochrisikoländer aufgrund einschlägiger Betrugsfälle endete Ende 2021. Die Verordnung 2021/1698 ermächtigt die Kommission, solche Länder und Erzeugnisse festzulegen, was intensive Kontrollen mit sich brächte. Sie hat davon bisher keinen Gebrauch mehr gemacht. Dabei zeigen die Daten zu Bioimporten der EU etwa, dass die Mengen an Getreide und eiweißreichen Futtermitteln, die via Türkei in die EU kommen, seit 2023 wieder deutlich zunehmen und dass an den Importen alte Bekannte aus früheren Betrugsfällen beteiligt sind. Trotz des Drängens von Kontrollstellen und Kontrollbehörden etwa aus Deutschland war die EU nicht bereit, hier in großem Stil mit Rückverfolgung und Crosschecks die Biointegrität dieser Rohstoffe abzusichern. Und während die US-Behörden im Herbst 2024 öffentlich dazu aufriefen, bei Biosoja-Importen aus Westafrika wegen Betrugsrisiken vorsichtig zu agieren, war von der Kommission nichts dazu zu hören.

Mit einer Reihe von Drittländern wie den USA, Argentinien oder Israel hat die EU in Gleichwertigkeitsabkommen die Biostandards gegenseitig anerkannt und so Importe erleichtert. Diese Abkommen gelten noch bis Ende 2026. Für mögliche neue Abkommen muss die Kommission das Urteil des Europäischen Gerichtshofes in Sachen Herbaria umsetzen (C-240/23). Der deutsche Hersteller hatte geklagt, weil ihm die Bioauslobung eines Nahrungsergänzungsmittel mit Eisengluconat verboten wurde, während ein aus den USA importiertes und dort biozertifiziertes Produkt mit Eisengluconat das EU-Bio-Logo tragen durfte. Der EuGH entschied, dass auch im Falle von Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung gelten muss: »Ein aus einem Drittland eingeführtes Lebensmittel darf das Unionslogo für ökologische/biologische Produktion nur dann tragen, wenn es allen Vorgaben des Unionsrechts entspricht.«<sup>36</sup> Die EU-Kommission will erstmal die Frist über 2026 hinaus verlängern.

Im Trilog befindet sich ein EU-Verordnungsvorschlag, der die Rechte der Landwirte in der Lebensmittelkette stärken soll. Er enthält auch einen Versuch der Kommission, den Begriff »fairer Handel« zu definieren. Zwar würde die Definition nur für Handelsbeziehungen

**EU-Kommission  
gefährdet durch  
Nichtstun die Integrität  
von Bioimporten**

**Drittlandsabkommen:  
EU will Anpassung  
verschieben**

### Fünf Kernforderungen an die Politik

1. **Bundesprogramme fortsetzen und fördern:** Das Bundesprogramm Ökolandbau muss wie im Koalitionsvertrag versprochen ausgebaut werden. Das Bundesprogramm Umbau Tierhaltung muss wie geplant bis 2030 laufen, damit die Landwirte Planungssicherheit haben.
2. **Am 30-Prozent-Ausbauziel festhalten und Finanzierung sichern:** Der GAP-Strategieplan und die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) müssen auf 30 Prozent Bio ausgerichtet werden. Die Finanzplanung sollte zu den Ausbauzielen passen und die Förderhöhe eine Umstellung auch auf Gunststandorten ermöglichen. Zudem sind die Kombinationsmöglichkeiten der diversen Agrarumweltprogramme zu verbessern.
3. **GAP-Reform: Gemeinwohlleistungen stärker honorieren:** Der GAP-Vorschlag der EU-Kommission muss so geändert werden, dass für die Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft ein fester Betrag mindestens in

Höhe der Direktzahlungen zur Verfügung steht, dessen Auszahlung nicht vom Belieben der Mitgliedsländer abhängt.

4. **Keine Deregulierung der Neuen Gentechnik – Absicherung der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft:** Die Neue Gentechnik (NGT) muss ebenso wie die bisherige einem strikten Zulassungsverfahren mit Risikoprüfung, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit unterliegen. Der Versuch, einen eigenen Rechtsrahmen für NGT zu schaffen, gefährdet den Ökolandbau und insgesamt die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft.

5. **Pestizideinsatz halbieren und Pestizidabgabe einführen:** Die Bundesregierung muss den Einsatz glyphosathaltiger Herbizide und anderer problematischer Pestizide möglichst weitgehend untersagen. Sie sollte an dem Ziel einer Halbierung des Pestizideinsatzes festhalten und dafür eine an der Giftigkeit der Wirkstoffe ausgerichtete Pestizidabgabe einführen.



in der EU gelten, doch die internationale Fairhandelsbewegung befürchtet Wirkungen weit darüber hinaus. »Wenn künftig auch konventionelle Handelsbeziehungen als ›fair‹ gelten dürfen, nur weil sie gewisse formale Kriterien erfüllen, droht eine massive Irreführung der Verbraucher:innen«, warnte Peter Schaumberger, Geschäftsführer des Fairhandelshauses Gepa. Das Vertrauen in glaubwürdige Siegel und Initiativen werde so untergraben. EU-Parlament und Ministerrat haben in ihrer Positionierung lediglich kleinere kosmetische Änderungen am Kommissionsvorschlag vorgenommen. Dabei wäre es auch möglich gewesen, die künftige EU-Definition mit der Internationalen Charta des Fairen Handels zu verknüpfen: Langfristige Partnerschaften eingehen, auf Augenhöhe verhandeln, Ernten vorfinanzieren, existenzsichernde Löhne und Preise zahlen, gemeinsam nachhaltige Bildungsarbeit betreiben. So sollten auch die Beziehungen zwischen Erzeugern und Verarbeitern/Händlern in der EU aussehen. Zumindest als Vision in eher tristen Zeiten.<sup>37</sup> Kurz vor Redaktionsschluss kam noch eine positive Nachricht aus Brüssel: Ab 2026 gelten einige Anforderungen im Rahmen der GAP-Konditionalität (GLÖZ 1, 3, 4, 5, 6, 7) mit der Bio-Zertifizierung wieder als erfüllt. Doppelprüfung entfällt. Denn, so die Botschaft der Bioverbände: Ökolandbau ist »green by concept«. Das sieht offenbar nun auch die Kommission so.

### Anmerkungen

- 1 Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW): Branchenreport 25. Berlin 2025 ([www.boelw.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/Zahlen\\_und\\_Fakten/Brosch%C3%BCre\\_2025/B%C3%96ELW\\_Branchenreport2025.pdf](http://www.boelw.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Zahlen_und_Fakten/Brosch%C3%BCre_2025/B%C3%96ELW_Branchenreport2025.pdf)).
- 2 »Weniger Rabatt, mehr Auswahl: Wie Bio in der Drogerie zum Schlager wird«. Pressemitteilung NIQ vom 3. Juli 2025 (<https://nielseniq.com/global/de/news-center/2025/weniger-rabatt-mehr-auswahl-wie-bio-in-der-drogerie-zum-kassenschlager-wird/>).
- 3 AML: Marktwoche Ökogartenbau 32/2025.
- 4 Die Zahlen im Detail finden sich in den Heften 9 und 10-25 von BioHandel ([www.biohandel.de](http://www.biohandel.de)).
- 5 Landwirtschaftliche Rentenbank: Rentenbank Agrarbarometer. Befragungszeitraum Frühjahr 2025 ([www.rentenbank.de/export/sites/rentenbank/dokumente/studien-und-analysen/konjunkturbarometer/Rentenbank-Agrarbarometer\\_Fruhejahr\\_2025\\_041025-Internetversion.pdf](http://www.rentenbank.de/export/sites/rentenbank/dokumente/studien-und-analysen/konjunkturbarometer/Rentenbank-Agrarbarometer_Fruhejahr_2025_041025-Internetversion.pdf)).
- 6 Aktionsbündnis Bioschweinehalter Deutschland: Preiserhöhungen für Bioschweine nicht kostendeckend. 4. Oktober 2025 ([www.bioschweine-deutschland.de/newsreader/preiserhoehungen-fuer-bioschweine-nicht-kostendeckend.html](http://www.bioschweine-deutschland.de/newsreader/preiserhoehungen-fuer-bioschweine-nicht-kostendeckend.html)).
- 7 Statistisches Bundesamt: Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ([www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Landwirtschaftspreisindex-Forstwirtschaftspreisindex/Tabellen/Einkaufspreise-Landwirtschaft.html#241766](http://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Landwirtschaftspreisindex-Forstwirtschaftspreisindex/Tabellen/Einkaufspreise-Landwirtschaft.html#241766)).
- 8 Quelle: Ökologie & Landbau 4 (2025), S. 57.
- 9 J. Brehl: Biokreis: Fusion mit Naturland abgelehnt, Kooperation mit Bioland geschlossen. In: über bio vom 20. November 2024 ([www.ueber-bio.de/biokreis-fusion-mit-naturland-abgelehnt-kooperation-mit-bioland-geschlossen/](http://www.ueber-bio.de/biokreis-fusion-mit-naturland-abgelehnt-kooperation-mit-bioland-geschlossen/)).
- 10 trend.: Die Österreich-Pläne des deutschen Biobauverbands Naturland. 24. April 2025 ([www.trend.at/unternehmen/revierkampf-im-bioland](http://www.trend.at/unternehmen/revierkampf-im-bioland)).
- 11 J. Koch: Zoff um Ökolandbau: Naturland wehrt sich gegen Kammervorwürfe. In: Landwirtschaftliches Wochenblatt vom 18. März 2025 ([www.wochenblatt-dlv.de/oesterreich/zoff-um-oekolandbau-naturland-wehrt-gegen-kammervorwuerfe-580101](http://www.wochenblatt-dlv.de/oesterreich/zoff-um-oekolandbau-naturland-wehrt-gegen-kammervorwuerfe-580101)).
- 12 V. Kainrath: Honig, Hirse, Bulgur: Verdacht auf Etikettenschwindel bei Bio-Importen. In: Der Standard vom 20. Mai 2025 ([www.derstandard.at/story/3000000270603/honig-hirse-bulgur-verdacht-auf-etikettenschwindel-bei-bio-importen](http://www.derstandard.at/story/3000000270603/honig-hirse-bulgur-verdacht-auf-etikettenschwindel-bei-bio-importen)).
- 13 H. Maier: Bio-Skandal – Schwere Vorwürfe gegen Konzern. In: Heute vom 28. Mai 2025 ([www.heute.at/s/bio-skandal-schwere-vorwuerfe-gegen-konzern-120110574](http://www.heute.at/s/bio-skandal-schwere-vorwuerfe-gegen-konzern-120110574)).
- 14 trend.: Bio Austria droht Mitbewerbern mit Wettbewerbsklagen. 25. August 2025 ([www.trend.at/politik/bio-austria-droht-mitbewerber-mit-wettbewerbsklagen](http://www.trend.at/politik/bio-austria-droht-mitbewerber-mit-wettbewerbsklagen)).
- 15 V. Kainrath: Zieht Aldi zu viel Bio aus Österreich ab? Branche fürchtet Engpässe und Preisrallye. In: Der Standard vom 12. September 2025 ([www.derstandard.at/story/3000000287408/zieht-aldi-zu-viel-bio-aus-oesterreich-ab-branche-fuerchtet-engpaesse-und-preisrallye](http://www.derstandard.at/story/3000000287408/zieht-aldi-zu-viel-bio-aus-oesterreich-ab-branche-fuerchtet-engpaesse-und-preisrallye)).
- 16 J. Brehl: Kooperation von Naturland und Verbund Ökohöfe endet. In: über bio vom 21. August 2025 ([www.ueber-bio.de/kooperation-von-naturland-und-verbund-oekohoefe-endet/](http://www.ueber-bio.de/kooperation-von-naturland-und-verbund-oekohoefe-endet/)). – J. Brehl: Biokreis und Verbund Ökohöfe haben Kooperation geschlossen. In: über bio vom 20. Juni 2025 ([www.ueber-bio.de/biokreis-und-verbund-oekohoefe-haben-kooperation-geschlossen/](http://www.ueber-bio.de/biokreis-und-verbund-oekohoefe-haben-kooperation-geschlossen/)).
- 17 »Neue EU-Verordnung gefährdet Bio-Produktion/ Fairtrade Deutschland warnt vor Folgen für Produzenten und Verbraucher«. Pressemitteilung Fairtrade Deutschland vom 14. Oktober 2025 ([www.presseportal.de/pm/52482/6137260](http://www.presseportal.de/pm/52482/6137260)). – Siehe auch Ökologie & Landbau 4 (2025), S. 4-25 und 48-50.
- 18 K. Muhl: Stephan Paulke: »Der Biomarkt muss sich auf längerfristige Mangellagen einstellen.« In: BioHandel vom 9. September 2025 (<https://biohandel.de/bio-branche/der-biomarkt-muss-sich-auf-laengerfristige-mangellagen-einstellen>).
- 19 M. Stahl: Sechs Gründe, warum Bio-Ware knapp werden könnte. In: BioHandel vom 30. Juli 2025 (<https://biohandel.de/bio-branche/zwischen-boom-und-mangelware>). – M. Stahl: BioMessen öffnen sich für Endverbraucher. In: BioHandel vom 11. September 2025 (<https://biohandel.de/bio-branche/biomessen-oeffnen-sich-fuer-endverbraucher>).

- 20 BÖLW: Jobmotor Bio. 380.000 Arbeitsplätze in der ökologischen Lebensmittelwirtschaft. Zahlen & Fakten ([www.boelw.de/fileadmin/B%3C%96LW\\_Arbeitsplaetze\\_Handout.pdf](http://www.boelw.de/fileadmin/B%3C%96LW_Arbeitsplaetze_Handout.pdf)). – BÖLW: Strukturdaten Ökologische Lebensmittelwirtschaft. Vielfalt und Wirtschaftskraft. Zahlen & Fakten ([www.boelw.de/fileadmin/user\\_upload/BOELW\\_Handout\\_Strukturdaten\\_Vo6\\_3\\_.pdf](http://www.boelw.de/fileadmin/user_upload/BOELW_Handout_Strukturdaten_Vo6_3_.pdf)).
- 21 U. Ritzer: Beim Biobauern-Verein Naturland rumort es. In: Süddeutsche Zeitung vom 3. September 2025 ([www.sueddeutsche.de/wirtschaft/naturland-krise-verband-landbau-li.3305015?reduced=true](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/naturland-krise-verband-landbau-li.3305015?reduced=true)). – »Neustart bei Naturland«. Pressemitteilung Naturland vom 8. September 2025 ([www.naturland.de/de/naturland/service/presse/6108-neustart-bei-naturland.html](http://www.naturland.de/de/naturland/service/presse/6108-neustart-bei-naturland.html)). – U. Ritzer: Naturland-Bauern strafen den Aufklärer ab. In: Süddeutsche Zeitung vom 9. September 2025 ([www.sueddeutsche.de/wirtschaft/naturland-krisesitzung-fuerstenfeld-bruck-fuehrungswechsel-li.3309716?reduced=true](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/naturland-krisesitzung-fuerstenfeld-bruck-fuehrungswechsel-li.3309716?reduced=true)).
- 22 Deutscher Bundestag: Haushaltsgesetz 2025, S. 1419 (<https://dserver.bundestag.de/btd/21/005/2100500.pdf>). – Deutscher Bundestag: Haushaltsgesetz 2026, S. 1434 (<https://dserver.bundestag.de/btd/21/006/2100600.pdf>). – BMEFH: Forschung für die Ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft ([www.bmlh.de/DE/themen/landwirtschaft/oekologischer-landbau/forschung.html](http://www.bmlh.de/DE/themen/landwirtschaft/oekologischer-landbau/forschung.html)).
- 23 Aktionsbündnis Bioschweinehalter Deutschland: Das Interesse ist noch weitaus größer: 500 Betriebe bereiten Antrag für Umbau ihrer Tierhaltung vor! 25. September 2025 ([www.bioschweine-deutschland.de/newsreader/das-interesse-ist-noch-weitaus-groesser-500-betriebe-bereiten-antrag-fuer-umbau-ihrer-tierhaltung-vor.html](http://www.bioschweine-deutschland.de/newsreader/das-interesse-ist-noch-weitaus-groesser-500-betriebe-bereiten-antrag-fuer-umbau-ihrer-tierhaltung-vor.html)).
- 24 WBAE: Mehr Auswahl am gemeinsamen Tisch: Alternativprodukte zu tierischen Lebensmitteln als Beitrag zu einer nachhaltigeren Ernährung. Berlin 2025 ([www.bmlh.de/SharedDocs/Downloads/DE/\\_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/alternativprodukte-tierische-lebensmittel.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](http://www.bmlh.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/alternativprodukte-tierische-lebensmittel.pdf?__blob=publicationFile&v=4)). – Zu weiteren zentralen Aussagen des WBAE-Gutachtens siehe auch den Beitrag von A. Spiller et al. in diesem Kritischen Agrarbericht, S. 68-73.
- 25 AMI Marktwoche Ökolandwirtschaft, 34/25.
- 26 Deutscher Bundestag: Entwurf eines dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (Drucksache 21/1855 vom 29. September 2025) (<https://dserver.bundestag.de/btd/21/018/2101855.pdf>). – Stellungnahme der Bioverbände: Stellungnahme an das BMJV zum Referentenentwurf des »Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb« vom 25. Juli 2025 ([www.bioland.de/fileadmin/user\\_upload/Presse/Dokumente/Stellungnahme-RL-2024-825-Umsetzung-ins-UWG\\_20250725.pdf](http://www.bioland.de/fileadmin/user_upload/Presse/Dokumente/Stellungnahme-RL-2024-825-Umsetzung-ins-UWG_20250725.pdf)).
- 27 LÖK-Beschluss vom 5. August 2025: »Weidepapier« ([https://bvkoeko-kontrollstellen.de/media/filer\\_public/8b/d8/8bd807f4-600f-471c-8869-0d50b6d62a3/lok-b\\_20-08-2024-weidepapier\\_stand\\_05-08-2024.pdf](https://bvkoeko-kontrollstellen.de/media/filer_public/8b/d8/8bd807f4-600f-471c-8869-0d50b6d62a3/lok-b_20-08-2024-weidepapier_stand_05-08-2024.pdf)).
- 28 J. Schubauer: Wie kam es zur Weidepflicht? – Der Hintergrund des Weidepapiers. In: Moderner Landwirt vom 18. Juni 2025 (<https://moderner-landwirt.de/wie-kam-es-zur-weidepflicht-der-hintergrund-des-weidepapiers/>). – Deutscher Bauernverband, Naturland und Bioland: Öko-Weidepapier 2.0. 16. Juni 2025 ([www.topagrar.com/dl/2025-09-01/5032346/250616-oko-weidepapier-2.0.pdf](http://www.topagrar.com/dl/2025-09-01/5032346/250616-oko-weidepapier-2.0.pdf)).
- 29 J. Schubauer: Bio-Bauern von »Kein Zwang zur Weide« sprechen mit Markus Söder in Bad Neustadt a. d. Saale. In: Moderner Landwirt vom 16. Juli 2025 (<https://moderner-landwirt.de/bio-bauern-von-kein-zwang-zur-weide-sprechen-mit-markus-soeder-in-bad-neustadt-a-d-saale/>).
- 30 EU-Kommission: Eine Vision für Landwirtschaft und Ernährung. 19. Februar 2025 (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52025DC0075>). – EU-Kommission. Europäische Wasserresilienzstrategie. 4. Juni 2025 (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52025DC0280>). – »CAP proposal: Organics Europe criticises a huge step backwards for sustainability«. Pressrelease IFOAM Organics Europe dated 16. July 2025 ([www.organiceurope.bio/content/uploads/2025/07/IFOAMEU\\_policypress\\_Press-Release\\_Proposal-CAP-MFF\\_20250716.pdf?dd](http://www.organiceurope.bio/content/uploads/2025/07/IFOAMEU_policypress_Press-Release_Proposal-CAP-MFF_20250716.pdf?dd)).
- 31 IFOAM Organics Europe: Biocontrol. Position Paper. May 2025 ([www.organiceurope.bio/content/uploads/2025/05/IFOAMEU\\_Policy\\_Biocontrol\\_Position-Paper\\_202505.pdf?dd](http://www.organiceurope.bio/content/uploads/2025/05/IFOAMEU_Policy_Biocontrol_Position-Paper_202505.pdf?dd)).
- 32 European Commission: Final report on plant protection (XI) and Fertilisers (IX). June 2025 ([https://agriculture.ec.europa.eu/document/download/23d0a354-d8db-444e-94eb-fdfeed-5cee20\\_en?filename=egtop-report-pp-xi\\_and\\_fertilisers-ix\\_en.pdf](https://agriculture.ec.europa.eu/document/download/23d0a354-d8db-444e-94eb-fdfeed-5cee20_en?filename=egtop-report-pp-xi_and_fertilisers-ix_en.pdf)).
- 33 European Commission: FIT FOR FUTURE Platform opinion ([https://commission.europa.eu/document/download/25d40cfd-9e5e-4a8b-8da6-7a72efado4ed\\_en?filename=fo\\_2024\\_8\\_organic\\_production\\_and\\_labeling\\_en.pdf](https://commission.europa.eu/document/download/25d40cfd-9e5e-4a8b-8da6-7a72efado4ed_en?filename=fo_2024_8_organic_production_and_labeling_en.pdf)). – BÖLW-Stellungnahme: Besser und einfacher: Überarbeitung der EU-Öko-Verordnung (2017/848). 6. Oktober 2025 ([www.boelw.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/EU-%3C%96ko-Verordnung/251006\\_Vereinfachung\\_%3C%96ko-VO\\_Stellungnahme\\_B%3C%96LW.pdf](http://www.boelw.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/EU-%3C%96ko-Verordnung/251006_Vereinfachung_%3C%96ko-VO_Stellungnahme_B%3C%96LW.pdf)).
- 34 »Bio-Geflügel: BÖLW mahnt EU-Kommission zur Kurskorrektur«. Pressemitteilung BÖLW vom 27. Oktober 2025 (<http://www.boelw.de/presse/meldungen/artikel/bio-gefluegel-boelw-mahnt-eu-kommission-zu-kurskorrektur/>).
- 35 European Commission: Control and enforcement ([https://agriculture.ec.europa.eu/farming/organic-farming/controls\\_en#theroleoftheuropeancommission](https://agriculture.ec.europa.eu/farming/organic-farming/controls_en#theroleoftheuropeancommission)).
- 36 Gerichtshof der Europäischen Union: Pressemitteilung Nr. 164/24 vom 4. Oktober 2024 (<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2024-10/cp24016ode.pdf>).
- 37 Siehe Ökologie & Landbau 4 (2025), S. 32 f.



**Leo Frühschütz**  
Freiberuflicher Fachjournalist für Umwelthemen und seit April 2023 Redaktionsleiter der Zeitschrift *Ökologie & Landbau*.  
l.fruehschuetz@gaponline.de